

SPD-Information

für
Bad Bramstedt,
Bimöhlen,
Hitzhusen,

RUNDUM DENK

Hagen
Hardebek
Wiemersdorf
Fuhlendorf
Hasenkrug
Borstel

Dampf um Dampf

Bad Bramstedt. Noch vor wenigen Jahren lehnten führende Politiker von CDU und auch F.D.P. die Aufnahme der Kurklinik Dampf 2000 und auch der Paracelsus-Klinik Henstedt-Ulzburg in den Krankenhausbedarfsplan ab. Mittlerweile sind beide doch aufgenommen wurde zbd due danaks abgelehnte Sanierung mit öffentlichen Mitteln findet statt.

Im Hintergrund steht zumindest bei Dampf der Fluß von Geldern an CDU und F.D.P. Die CDU-Kreisverbände Stoltenbergs und des damaligen Sozialministers Claussen erhielten ebenso wie der F.D.P.-Landesverband je 5.000 DM. Jeder Zusammenhang mit der Entscheidung wird zwar energisch abgestritten, doch für den Außenstehenden verbleibt ein übler Beigeschmack. Außerdem bekam auch das Forschungsinstitut des Prof. Beske, der für die Vorbereitung des Bedarfsplans zuständig ist, 20.000 DM. Die Staatsanwaltschaft konnte daran nichts Unredliches feststellen. Die Verantwortlichen müssen sich aber fragen lassen, wieso sie vor wenigen Jahren noch gegen und heute für die Klinik stimmen. Leidtragender ist der Steuerzahler, der nach den Abschreibungs-geldern nun auch die Subventionen tragen muß. Die Landes-SPD verlangt nach Aufklärung der Hintergründe.

Bürgerzeitung der SPD

1980 - 5. Jahrgang

Bad Bramstedter Bauwut SPD ringt um Schutz für Landschaft und Stadtbild

Bad Bramstedt. Wird das Jahr 1980 in die Bad Bramstedter Geschichte als dasjenige eingehen, in dem die letzten Reste des alten Stadtbildes zerstört wurden? Diesen Eindruck kann man gewinnen, wenn man die Flut von Bauanträgen sieht, die das Zentrum der Stadt betreffen. „Genehmigt alle Bauanträge - zerstört das Stadtbild“ könnte man in Umkehrung des Leitspruches der neugegründeten Bürgerinitiative formulieren.

Allseits bekannt ist, daß am Butendoor ein Supermarkt gebaut werden soll. Ebenso die Absicht des Marktes am Kirchenbleeck, sich zu vergrößern. Im Vordergrund der öffentlichen Diskussion steht gegenwärtig das Projekt Im Winkel. Dazu kommen noch Erweiterungen zumindest einer Firma im Zentrum. Allen Projekten ist gemeinsam, daß sie das künftige Bild des Ortes ganz entscheidend bestimmen werden.

Schmalere Pfad!

Für die Stadt stellt sich bei diesen Anträgen die Rechtssituation angeblich nicht sehr rosig dar. Da im gesamten Kernbereich keine Bebauungspläne existieren, sind die Anträge nach den allgemeinen Vorschriften des Bundesbaugesetzes zu beurteilen (§§ 34-36 BBauG). Die ganz wesentliche Vorschrift dieser Paragraphen ist, daß sich neue Objekte der vorhandenen Bebauung anpassen haben.

Der Wille macht's!

Aufgrund dieses etwas mageren Rechtspolsters kommt es besonders auf den Willen der Stadtverordneten an, welche Entwicklung sie wünschen. Nur eine harte Position der städtischen Gremien kann die Grundlage für Erfolge sein. Das Beispiel, des (so gut wie genehmigten) Marktes am Butendoor zeigt, daß ein Weg zu finden ist, auch die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten.

Zwar war das Gesamtvorhaben kaum zu hindern, doch ließ sich bezüglich der Gestaltung ein gangbarer Kompromiß finden.

Nicht das Feld überlassen!

Der größte Fehler, den man in den Augen derjenigen machen kann, die das Stadtbild erhalten wollen, ist somit, dem Bauherren das Feld für Vorschläge zu überlassen. Gerade dies ist aber von der CDU beim Supermarkt Im Winkel gemacht worden. Gleich nach Bekanntwerden der Bauvoranfrage schrieb diese Partei „die CDU-Fraktion hat einstimmig beschlossen daß ... erforderliche Einvernehmen herzustellen“. Außerdem sei „der Gebäudekomplex „Im Winkel“ baufällig, nicht erhaltenswürdig und dringend erneuerungsbedürftig“ (BN, 13.2.1980). Die SPD und auch die F.D.P. gehen dagegen von dem Wunsch nach Erhaltung der Gebäude aus, um dann zu Einigungen zu kommen.

Wohin mit den Autos?

Aber nicht nur die rein bauliche Gestaltung bereitet Sorgen. So kommt beim Supermarkt am Kirchenbleeck (wie auch bei den anderen) die verkehrliche Anbindung zu besonderer Bedeutung. Die SPD sieht diese Frage als so problematisch an, daß sie diesem Projekt nicht zugestimmt hat.

Schutz der Autäler

Zum Stadtbild Bad Bramstedts gehören seine Autäler. Die Sozialdemokraten wehren sich gegen die Antastung dieser natürlichen Schönheiten.

Der Markt am Kirchenbleeck und ein wei-

Bürgerbeteiligung nicht gefragt

Bad Bramstedt. Mit ihrer absoluten Mehrheit lehnte die CDU auf der letzten Stadtverordnetenversammlung den Antrag des SPD-Fraktionsvorsitzenden Gerhard Binzus ab, zum Thema Stadtkernplanung eine öffentliche Anhörung im Laufe des April durchzuführen. Doch die CDU war trotz intensiver Diskussion nicht dazu zu bewegen.

Dabei heißt es im Bundesbaugesetz - darauf wies Stadtverordneter Jan-Uwe Schandendorf hin - „Die Gemeinde hat die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung öffentlich darzulegen. ... Öffentliche Darlegung und Anhörung sollen ... möglichst frühzeitig erfolgen ...“ (§ 2a BBauG). Es ist also die gesetzliche Pflicht der Stadtverordneten die Bürger zu beteiligen.

terer Projekt greifen in diese Bereiche ein. Die Sozialdemokraten lehnen Lösungen auf Kosten der Autäler ab und werden in den Ausschüssen entsprechend stimmen. Inwieweit diese Position gegen die Mehrheit der CDU durchgesetzt werden kann, muß die Zukunft erweisen.

Nicht ohne Hoffnung!

Alle diese Punkte machen deutlich, daß die Bauabsichten einiger Leute große Probleme bereiten. Aber die Stadt ist nicht machtlos. Flächennutzungsplan, Baugesetze u.a.m. bieten auch dann genügend Möglichkeiten, daß zu verhindern, was man nicht will, wenn kein Bebauungsplan vorhanden ist. Die SPD hat ihren Stadtverordneten und Ausschußmitgliedern klare Entscheidungen an die Hand gegeben.

Wenn dennoch Projekte genehmigt werden, die ins Stadt- und Landschaftsbild eingreifen, so wird die Verantwortung bei der CDU zu suchen sein. Sie hat des öfteren gezeigt, daß sie ihre Mehrheit rigoros ausnutzt.

Unterkünfte werden renoviert

Bad Bramstedt. In diesem Jahr sollen weitere Obdachlosenunterkünfte renoviert werden. Damit wird den jahrelangen Bemühungen der SPD und insbesondere der Stadtverordneten Ingrid Lehnert Rechnung getragen.



Kurz notiert

Altes Kurhaus
wird hergerichtet

Bad Bramstedt. In der vorigen Ausgabe des „Rund um den Roland“ freuten wir uns über die gelungene Gestaltung des Rürgerparks am Lohstücker Weg.

Die Aktivitäten des städtischen Bauhofes sind aber nicht zu bremsen. Schon ist man dabei, auch den „Gondelteich“ wieder in alter Pracht anzulegen. Wenn man jetzt noch die beiden Parks miteinander durch eine Brücke über die Osterau verbinden würde, so böte sich Bürgern und Besuchern unserer Stadt eine wunderschöne Anlage.

„Rund um den Roland“ hofft, noch recht häufig über so positive Maßnahmen berichten zu können.

Kleinigkeiten

Bad Bramstedt. Die Arbeit der Ausschüsse der Stadt bleibt oft im Dunkel. Viele „Kleinigkeiten“ werden beraten, die für die Öffentlichkeit kaum als Ergebnis intensiver Beratungen gesehen werden. So spielt die Begrünung der Stadt z.B. im Bauausschuß häufig eine Rolle. Dank der Initiative der SPD-Bauausschußmitglieder werden am Landweg, in der Rosenstraße und entlang der Haupterschließungsstraße der Südweststadt Bäume gepflanzt werden. Für Anregungen in Sachen „mehr Grün“ ist die SPD immer dankbar.

Hilfe für Behinderte

Bad Bramstedt. Zur letzten Stadtverordnetenversammlung brachte die SPD eine Anfrage ein, die sich mit den Problemen Gehbehinderter befaßte.

Die Sozialdemokraten wollten wissen, welche Möglichkeiten es gebe, diesen Personen eine bestimmte Anzahl von Taxifahrten zu bezuschussen.

Die SPD verwies auf die Möglichkeiten in Städten mit Nahverkehrsmitteln, wo diese Mitbürger kostenlos Busse und Bahnen benutzen könnten. Ähnliches müsse auch im ländlichen Raum zu verwirklichen sein.

Die Antwort des Bürgermeisters gibt Anlaß zur Hoffnung: nach seinen Worten arbeitet man auf Kreisebene an einer Regelung. Die SPD wies in der Debatte u.a. auf die Gemeinde Aukrug hin, wo der Taxiunternehmer berechnigte Personen umsonst befördert - auf eigene Kosten.

Alle sind gleich -
einige sind gleicher

Bad Bramstedt. Mehrere Wochen hat ein Bad Bramstedter Hotelbetrieb am Bleek eine Absperrung quer über öffentliche Parkplätze aufgestellt und damit den Bürgersteig fast regelmäßig blockiert. Fußgänger wichen meist auf die Straße aus.

Doch trotz zahlreicher Anmahnungen bei der Stadt tat sich nichts.

Daraus folgt: Verlegen doch auch Sie den Bürgersteig vor Ihrem Haus an die Stelle, wo Sie ihn haben wollen. Oder noch besser, sperren Sie sich einen privaten Stellplatz auf dem Gehweg ab. Wie lange wird man das bei Ihnen wohl dulden?

Werner Hamm
neuer Kreisvorsitzender

Bad Bramstedt/Wahlstedt. Mit großer Mehrheit wählte der Parteitag der Segeberger Sozialdemokraten Anfang März den Lehrer Werner Hamm aus Klein-Gladebrügge zum neuen Kreisvorsitzenden.

Er erhielt rund 60 % der Stimmen, während 40 % den bisherigen Vorsitzenden Günther Heyenn unterstützten. Mit dieser Wahl drückten die Delegierten ihre Überzeugung aus, daß Kreisvorsitz und Bundestagsmandat besser in zwei Händen liegen. So betonten auch alle Redner, daß Günther Heyenn auf die ungeteilte Loyalität und Unterstützung der Partei zählen könne.



v.l.n.r.: Walter Höfs (stellv. Vors.), Erwin Wengel (stellv. Vors), Werner Hamm (Kreisvorsitzender), Helga v. Alt-Sutterheim (Pressesprecherin)

IMPRESSUM:

Rund um den Roland ist die Zeitung des SPD-Gebietsverbandes Bad Bramstedt und Umgebung. Herausgeber im Sinne des Pressegesetzes ist der jeweilige Gebietsverbandsvorsitzende: z.Z. Holger Wöhlke, 2351 Hardebek. Verantwortlicher Redakteur: Jan-Uwe Schadendorf, Butendoor 11, 2357 Bad Bramstedt.

Manipulation
durch BamS

Bad Bramstedt. Daß die Bild-Zeitung mit der Wahrheit nicht immer zimperlich umgeht, ist nichts Neues. Ein besonders geschicktes Beispiel von Verfälschung entdeckte „Rund um den Roland“ in der „Bild am Sonntag“ vom 16.3.1980 (vgl.). Umringt von jungen Amerikanerinnen wird FJS abgebildet - nach dem Motto: Ach, was ist er beliebt in Amerika. Nur einen kleinen Schönheitsfehler hat das Foto. Es stammt von Sven Simon (dem Sohn Axel Springers), der vor einigen Wochen Selbstmord begangen hat. Aber bei „Bild“ können wohl auch Tote noch fotografieren.

Ein
Platz
ist
frei
für Sie!



Allianz 

Wir senken den Beitrag

Seit dem 1. Januar ist der Versicherungsschutz fürs Auto bei der Allianz noch günstiger. Seit diesem Tag zahlen unsere vier Millionen Kunden einen niedrigeren Beitrag: 2,8 Prozent weniger in der Auto-Haftpflicht- und sogar 10 Prozent weniger in der Teilkasko-Versicherung. Nach drei Beitragsrückzahlungen in den vergangenen drei Jahren ist dies ein weiterer finanzieller Vorteil für die Versicherten der Allianz. Hinzu kommt der beispielhafte Service: Betreuung durch einen erfahrenen Fachmann in der Nachbarschaft, kostenlose Informationen, die Geld sparen helfen, und schnelle, unbürokratische Hilfe im Schadenfall. Welche Versicherung tut mehr für Sie?

Gerold Möhle

Generalvertretung der Allianz

Rodenbek 3 · 2357 Hitzhusen · Tel. (04192) 38 41



Umjubelt von jungen Amerikanerinnen: Kanzlerkandidat Franz Josef Strauß in New York

BamS 16.3.80

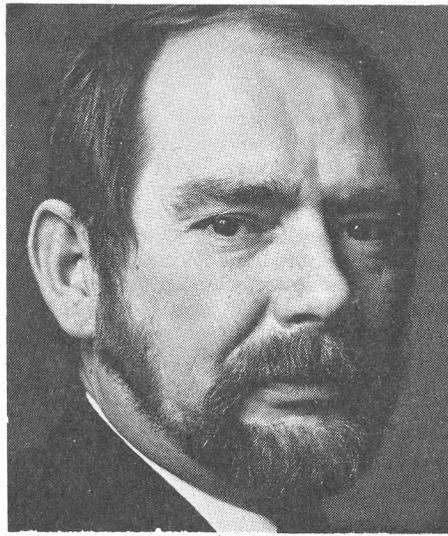
Foto: Sven Simon

Änderung der § 218 hat sich bewährt!

Der im Januar 1980 erschienene Kommissionsbericht zu den Erfahrungen mit dem § 218 belegt, daß die Bundesrepublik zu den Ländern mit den niedrigsten Abbruchzahlen gehört. Es ist festgestellt worden, daß mehr als 2/3 der Bevölkerung eine weiter einschränkende Regelung des Schwangerschaftsabbruchs nicht für wünschenswert halten. Hieraus wird deutlich, wie sehr die oft polemischen Angriffe der CSU/CDU und der Katholischen Kirche an den Interessen der Betroffenen vorbeigehen. Eine kontrovers geführte öffentliche Diskussion zum jetzigen Zeitpunkt würde sich nach Auffassung der Kommission gegen die Bedürfnisse und Interessen der Beteiligten auswirken.

Verbessert werden müßten vor allem die Aufklärung über Familienplanung, Schwangerschaftsverhütung und Schwangerschaftsabbruch. Notwendig ist weiter ein Ausbau der Sexualerziehung. Die Voraussetzungen hierfür scheinen aber in den wenigsten Fällen gegeben. So sind nach wie vor viele Eltern durch eigene Unkenntnis und Scham nicht in der Lage, ihrer Erziehungsaufgabe im Bereich der Sexualerziehung nachzukommen. Auch die Schulen erfüllen ihre wichtigen Aufgaben auf diesem Gebiet oft nur in unzureichendem Maße. Nach wie vor führt eine große Zahl von Frauen Schwangerschaftsabbrüche in den benachbarten Niederlanden durch. Während 1978 in der Bundesrepublik 73538 Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen wurden, betrug die Zahl der in den Niederlanden durchgeführten Schwangerschaftsabbrüche immer noch 45000. Diese Zahlen weisen darauf hin, daß Informationen über die Möglichkeiten, die das Gesetz bietet, bisher nicht in ausreichendem Maße erfolgt sind und sich viele Frauen weiterhin einem Druck der Öffentlichkeit ausgesetzt fühlen, der sie daran hindert, Beratungsstellen aufzusuchen.

Wichtig bleibt die Verbesserung der materiellen Leistungen als flankierende Maßnahme. In diesem Zusammenhang kommt gerade den Vorschlägen der Wehner-Kommission bezüglich der Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten für die Rentenversicherung eine nicht geringe Bedeutung zu. In diesem Sinne müßten weitere Maßnahmen ergriffen werden.



Für die weitere Verankerung der Reform ist es wichtig, daß die Diffamierung der Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, aufhört. Auch muß darauf hingewirkt werden, daß nach erfolgter Beratung und Zustimmung zum Schwangerschaftsabbruch der behandelnde Arzt nicht nochmals versucht, die Entscheidung über die Rechtmäßigkeit an sich zu ziehen.

Im Gegensatz zu den Angriffen der CSU/CDU kommt die Kommission zu dem Ergebnis, daß von einer „Abbruchmentalität“ nicht gesprochen werden kann. Zwar seien die Abbruchzahlen, seit die Reform in Kraft getreten ist, ständig gestiegen, jedoch sage dies über den echten Umfang der Veränderung der Zahl der Schwangerschaftsabbrüche nichts aus. Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, daß immer längere Zeit nach der Gesetzesänderung vergeht, bis auf Grund der verringerten Zahl der illegal im Inland und im Ausland durchgeführten Abtreibungen aussagefähige statistische Ergebnisse möglich sind.

Der Bericht der Kommission bringt somit deutlich zum Ausdruck, daß die Reform des § 218 positive Veränderungen gebracht hat und von der Mehrheit der Bevölkerung auch so eingeschätzt wird.

Mit freundlichen Grüßen
Günther Heyenn

Konservatismus - Anschauung die am Hergebrachten festhält

Konservativ nennen sie sich - doch wenn es darauf ankommt einmal konservativ zu sein, dann fehlt selbst da die Überzeugung. Gemeint ist die Bad Bramstedter CDU und insbesondere ihr Verhalten als es unlängst um die Benennung der Straßen in der künftigen Süd-West-Stadt ging.

Von einem guten Konservativen sollte man nun eigentlich erwarten, daß er sich für die Erhaltung des Bestehenden einsetzt - wie es der Sinn des Wortes nun einmal sagt.

Das hätte die Konsequenz gehabt, daß man dem Vorschlag der SPD (die in diesem Gebiet vorhandenen Flurnamen zu verwenden) folgen müßte. Doch das darf wohl nicht so sein. Die Bad Bramstedter Konservativen mußten zeigen, daß sie mit ihrer Mehrheit auch die Straßennamen durchsetzen können, die sie haben wollen. So wird man künftig also die Dithmarscher Straße oder auch die Helgolandstraße in unserem Ort vorfinden. Nach den Dichtern und Büschen nun also die Landesteile - der Einfallsreichtum kennt keine Grenzen.

Dabei haben vor der Sitzung der Stadtverordneten noch einige CDU-Leute ihre Sympathie mit den Flurnamen bekundet. Aber wenn es um

die Demonstration der Macht geht, kommt Fraktionsdisziplin vor eigener Einsicht. Den künftigen Anwohnern der betroffenen Straßen sei aber noch gesagt, in welcher Straße sie auch fast alle in können. „Lange Stücken“, „Flerrkoppel“, „Korten Kamp“, „Schatzkammer“, „Schinckels Kamp“ und „Immenhagen“ sind die Namen, die man in erster Linie SPD-seitig verwenden wollte.

Aber Kompromisse gibt es mit der CDU anscheinend nicht einmal mehr in solchen Fragen. Dabei tut es doch keinem der Herren persönlich weh - schließlich wohnen sie doch auch fast alle in Straßen, die nach Flurnamen benannt worden sind: z.B. Bob'n de Lieth, Strietkamp, Maienbaß oder Düsternhoop.

Aber ich will nicht ungerecht werden: Bei der Haupterschließungsstraße haben sich die Christdemokraten durchgerungen, statt ihres Vorschlags „Holstenallee“ den Namen „Holsatenallee“ zu wählen. Ist das denn nichts?

Mit (in diesem Fall) konservativen Grüßen

Jan-Uwe Schadendorf

Ortsverein für Hasenkrug/Hardebek

Hasenkrug/Hardebek. In Hasenkrug und Hardebek wird voraussichtlich im Laufe dieses Jahres ein neuer SPD-Ortsverein gegründet werden. Vor wenigen Wochen wurde dazu der erste Schritt getan, indem man einen Stützpunkt ins Leben rief.

Der Zustrom von Mitgliedern in diesem Bereich hält weiterhin an, so daß in absehbarer Zeit auch in diesem Teil des Kreises Segeberg die Sozialdemokraten gut vertreten sind.

Buchtips

Jeder lernt in der Schule, daß die kommunale Selbstverwaltung die Keimzelle einer lebendigen Demokratie ist: Die Gemeindeparlamente kontrollieren die Verwaltung, und es geht alles schön demokratisch zu. Aber gerade in der „Keimzelle“ begehren die Bürger auf; die Entscheidungen der Kommunalpolitik werden nicht mehr so ohne weiteres akzeptiert; trotz formaler Kontrollen wird den Entscheidungsprozessen nicht mehr vertraut. „Wie demokratisch ist Kommunalpolitik“ wirklich? Prodoch Aich hat mit einer Gruppe Oldenburger Wissenschaftler Verwaltungsakten durchgearbeitet, um Entscheidungen nachzuvollziehen. Ergebnis: Gerade dort, wo die Demokratie unmittelbar lebendig sein sollte, werden Planungen wie militärische Staatsgeheimnisse behandelt, an die kein „unbefugter“ Bürger herankommen darf. Dieses Buch zeigt auf, wo das Unbehagen der Bürger gegenüber der Verwaltung liegt: ihr trauen sie inzwischen alles zu, während sie ihren gewählten Vertretern die Kraft zur wirksamen Kontrolle nicht mehr zutrauen. Aus dem Buch: „Wir haben vertrauliche Niederschriften ausgewertet. Wir haben die Personen- und Ortsnamen verändert. Die Materialien haben uns überzeugt, daß diese veränderten Namen beliebig auswechselbar sind...“

An konkreten Beispielen führen die Autoren aus, daß nicht nur die Information für sich etwas wert ist, sondern auch das Besitzen und Darüber-Verfügen von Information die gewählten „Kommunal-Abgeordneten“ zu Schachfiguren der Verwaltung degradieren kann. Die Geheimhaltungspflicht erweist sich oft als Bumerang der Demokratie. Aus dem Buch: „Die politischen Parteien haben den Bürger in der Gemeinde entdeckt. Er soll an den Entscheidungen der Gemeinde beteiligt werden. Wir haben nachgezeichnet, wie die Entscheidungen in Wirklichkeit durchgesetzt werden. Der Bürger ist machtlos. Seine gewählte Vertretung ist machtlos. Die Gemeindeverwaltung trickst den Rat und seine Ausschüsse aus Die Selbstverwaltung wird zur Farce. Zwischen den Ansprüchen der politischen Parteien und der kommunalen Wirklichkeit ist eine riesige Kluft“. Erst ein Verदेutlichen der wirklichen Verhältnisse macht Verbesserungen möglich.

Ein notwendiges Buch!
Wie demokratisch ist Kommunalpolitik? Gemeindeverwaltung zwischen Bürgerinteressen und Mausehelei. Hrsg. von Prodoch Aich. Reinbek/Hamburg: rororo - aktuell 4124. 5.80 DM.

Uwe Kersting

leserbriele



an Jan-Uwe Schadendorf, Butendoor 11, 2357 Bad Bramstedt.

SPD: Nicht nur reden - handeln! Gebäude sollen unter Schutz gestellt werden

Bad Bramstedt. „Nur mit dem Reden über die Erhaltung historischer Gebäude ist es nicht getan, es müssen konkrete Schritte folgen“, mit diesen Worten kommentierte der SPD-Fraktionsvorsitzende einen Beschluß seiner Fraktion. Die SPD-Stadtverordneten beschlossen in ihrer letzten Sitzung am vergangenen Mittwoch einstimmig, mehrere Bad Bramstedter Gebäude zur Eintragung in das Denkmalschutzbuch anzumelden.

In der SPD-Bad Bramstedt ist schon in den vergangenen Jahren häufig über den Schutz bestehender Bausubstanz gesprochen worden. Die jüngste Debatte - insbesondere wegen des Bauobjekts „Im Winkel“ - hat die Sozialdemokraten veranlaßt, Anträge in dieser Angelegenheit zu stellen. Die Fraktion verabschiedete folgenden Beschluß:

Die SPD-Fraktion beantragt, die Gebäudegruppe im Winkel unter Denkmalschutz zu stellen, weil sie historische Baustruktur Bad Bramstedts widerspiegelt. Außerdem wird die Eintragung derjenigen Häuser in das Denkmalsbuch verlangt, die schon 1974 vom Landesamt für Denkmalspflege dafür vorgeschlagen wurden, bei denen sich die Stadtverordnetenversammlung jedoch dieser Anregung nicht angeschlossen hat.

Es handelt sich dabei um das Rathaus und die beiden Häuser mit „Utlucht“ Landweg 16 und Maienbeek 25.

Diesen Antrag will die SPD schon auf der nächsten Stadtverordnetenversammlung einbringen, um keine Zeitverluste in Kauf zu nehmen. Bauausschußmitglied Gottfried Lehnert: „Es ist im Prinzip schon zu lange damit gezögert worden, nun darf man nicht mehr warten“.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Binzus hat in einem Schreiben an den Bürgervorsteher

bereits eine Stadtverordnetenversammlung für den Monat April verlangt.

Die SPD will, daß auch die Bauvoranträge zum „Winkel“ von den Stadtverordneten und nicht nur von Bauausschuß und Magistrat beschieden wird. Dieses erscheint den Sozialdemokraten angesichts der Tragweite der geplanten Bebauung unabdinglich. Die SPD-Fraktion hofft, daß die Anträge eine große Mehrheit finden. Er hält dies angesichts der Diskussionen, die zu diesem Themenkreis laufen, für nicht ausgeschlossen.



Wir brauchen einen Rahmenplan

Bad Bramstedt. Die SPD-Kommunalpolitiker sind einhellig von der Notwendigkeit eines städtebaulichen Rahmenplans überzeugt. In der jüngsten Fraktionssitzung referierte Gerhard Binzus über das Hearing mit Fachleuten zu diesem Thema. Er freute

sich insbesondere darüber, daß die SPD als einzige Partei vollständig an dieser Veranstaltung teilgenommen hat. „Das zeigt, welche entscheidende Bedeutung die Sozialdemokraten der Stadtplanung beimessen“, meinte der Fraktionsvorsitzende.

Die gesamte Fraktion sprach sich nach eingehender Diskussion für die Erstellung eines städtebaulichen Rahmenplans aus. Dieser Plan soll eine isolierte Planung, wie sie durch die Aufstellung von Bebauungsplänen für einzelne Stadtbereiche möglich ist, verhindern. Der Rahmenplan wird das gesamte Zentrum der Stadt erfassen und damit weitreichende Perspektiven aufreißen.

Die Sozialdemokraten standen schon vor der Anhörung der Fachleute einem solchen Plan positiv gegenüber. Durch die in diesem Gespräch erhaltenen Informationen ist man jetzt völlig davon überzeugt. Um aber nicht nur seine Sympathie mit diesen Absichten zu bekunden, sondern direkt in die Verwirklichung einzutreten, hat die SPD für den April eine Stadtverordnetenversammlung beantragt, in der über die Aufstellung eines städtebaulichen Rahmenplans beschlossen werden soll.

Die SPD stellt sich weiterhin vor, daß nach der Beschlußfassung die Bürger in die Diskussion mit einbezogen werden.

In diese Richtung zielte auch der Antrag der Sozialdemokraten auf der letzten Versammlung der Stadtverordneten, ein öffentliches Hearing durchzuführen.

Gerhard Binzus: „Eine sinnvolle Stadtplanung benötigt die Beteiligung der Bürger und das Sammeln vieler Ideen und Anregungen. Zwar werden letztendlich die Stadtverordneten über die Angelegenheit entscheiden und sie werden durch die Teilnahme der Bürger auch nicht aus ihrer politischen Verantwortung entlassen, aber an den in dieser Stadt wohnenden Bürgern vorbei kann und darf man nicht planen“.

Wollen Sie auch Energie sparen? Wir helfen Ihnen dabei!

Es handelt sich hierbei um eine Kompaktwärmepumpe, die eine max. Heizungsvorlauftemperatur von 80 ° C erreicht ... Als Wärmebezugsquellen sind Grundwasser und Erdreich geeignet. Bedingt durch unsere Erfahrung sorgen wir selbstverständlich für die entsprechenden Wärmequellen.

Nach den bisherigen guten Erfahrungen mit unseren Niedertemperatur-Wärmepumpen (bis max 68 ° C), die für die Fußbodenheizungen und Niedertemperaturkonvektoren als vollwertige Heizung eingebaut werden, haben wir nach einjähriger Versuchsreihe Wärmepumpen für die Altbausanierung entwickelt, die ohne Probleme die vorhandenen Ölkessel oder Gaskessel ersetzen. Durch Anwendung von hochwertigen V4A-Wärmetauschern mit extrem großen Austauschflächen, Verwendung von ungiftigem Sicherheitskältemittel und Anwendung eines neuen Kühlsystems ist die

Erreichung von hohen Temperaturen - ohne daß gleichzeitig extreme Kältemitteldrücke entstehen - möglich gemacht worden.

Gegenüber Öl und Gas ist ganz einwandfrei ein Heizkostensparnis bei Hochtemperaturwärmepumpen von 50 % und bei Niedertemperaturwärmepumpen von 70 % erreichbar.

Für weitere Informationen stehen Ihnen unsere Techniker gerne zur Verfügung.

JKW-WÄRMEPUMPEN

Peter Koch GmbH.

Lindenstraße 1 - 2351 Hardebek
Tel. 04324/1005